

Wirtschaftsrat fordert Strategie für Innovationen

Koordination liegt
bei Landespolitik

Dresden. Der Freistaat braucht eine „in sich schlüssige, und vor allem ressortübergreifende Innovationsstrategie“. Das forderte der Landesverband Sachsen im Wirtschaftsrat der CDU. Ziel müsse es sein, das ingenieurstechnische Wissen und Know-how im Freistaat von der angewandten Forschung über Start-ups und Risikokapitalgeber bis hin zur Produktentwicklung und -herstellung gewinnbringend einzusetzen. Hier komme der Landespolitik eine koordinierende und fördernde Aufgabe zu, betonte Landesvorsitzender Dirk Schröter.

Es gehe in erster Linie darum, die bereits vorhandenen Ansätze, Initiativen und zur Verfügung stehenden Mittel gewinnbringend miteinander zu verzahnen und unter dem Dach einer in sich schlüssigen, technologieoffenen Strategie zusammenzubinden, erläuterte Schröter. Schwerpunkt sollte dabei die Förderung der Innovationskraft der Unternehmen sein. Das setze im Bereich der Forschung (Wissenschaftsministerium) an, gehe über die gezielte Technologieförderung (Wirtschaftsministerium)

bis hin zur Bereitstellung von Risikokapital (Finanzministerium). Daher sollte dies ressortübergreifend als Gesamtstrategie der Staatsregierung initiiert werden.

Wachstumsfelder sind aus Sicht des Landesvorsitzenden die Themen Wasserstoff, IT, Glas, Textil, Holz, synthetische Kraftstoffe sowie Recycling. „Ziel ist es, qualifizierte Fachkräfte im Freistaat zu halten beziehungsweise hinzuzugewinnen.“

Der Wirtschaftsrat spricht sich nach Schröters Angaben auch für eine Mobilitätsoffensive aus, die unter anderem die umgehende Umsetzung der Sächsischen Verkehrsgesellschaft sowie einen zügigen Ausbau der Straßen- und Schienenprojekte umfassen sollte. In diesem Zusammenhang lehnt Schröter Überlegungen, bis 2035 Autos mit Diesel und Verbrenner zu verbieten, strikt ab. Technologieoffenheit sei ein grundlegendes Gebot der freien Marktwirtschaft. „Eingriffe des Staates verbieten sich hier.“ Der Vorsitzende sagte, der Automobilstandort Sachsen mit seinen 95 000 Arbeitsplätzen befinde sich in einem grundlegenden Wandel. „Das ist mit Ängsten und ernstzunehmenden Risiken verbunden, eröffnet aber auch neue Chancen.“

Ulrich Milde